

Bekanntmachung

Die 07. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben findet am Donnerstag, den 11.08.2022 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 23.06.2022
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Mitgliedschaft im Verein für Regionalmarketing und -entwicklung Vorpommern
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN/DIE PARTEI, SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0193/2021
- 4.2 Nutzung der Geothermie in der Hansestadt Stralsund
Einreicher: Michael Adomeit
Vorlage: AN 0149/2020
- 4.3 Konzept des Wochenmarktes überarbeiten
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0126/2021
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 6.1 Stiftungsangelegenheiten: Brunst-Weber-Stiftung
Vorlage: B 0043/2022
- 6.2 Gesellschafteraufgaben: SWS Stadtwerke Stralsund GmbH - Jahresabschluss 2021
Vorlage: H 0093/2022
- 6.3 Gesellschafterangelegenheiten: Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH - Jahresabschluss 2021
Vorlage: H 0084/2022

- 6.4 Gesellschafterangelegenheiten: Stralsunder Werkstätten
gemeinnützige GmbH - Jahresabschluss 2021
Vorlage: H 0085/2022
- 6.5 Gesellschafterangelegenheiten: Theater Vorpommern GmbH
- Jahresabschluss 2021
Vorlage: H 0091/2022
- 7 Beratung zu aktuellen Themen
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von
Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Bernd Buxbaum
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben

Niederschrift

der 06. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 23.06.2022
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:15 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Bernd Buxbaum

stellv. Vorsitzende/r

Herr Maximilian Schwarz

Mitglieder

Herr Michael Adomeit

Herr Frank Fanter

Herr Rüdiger Kuhn

Herr Daniel Ruddies

bis 18:45 Uhr

Vertreter

Herr Thomas Schulz

Vertretung für Herrn Rocco Pantermöller

Protokollführer

Frau Madlen Zicker

von der Verwaltung

Frau Susanne Kleine

Herr Andre Kretzschmar

Herr Rainer Lange

Gäste

Herr Volker Zeitz

Frau Mülling

Frau Martens

Herr Eike Sadewater

Herr Jens Rademacher

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben am 19.05.2022
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Position des Dehoga Regionalverbandes Stralsund hinsichtlich der Übernachtungssteuer
- 4.2** Sachstand Wirtschafts- und Wissenschaftscampus
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben sind 7 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Buxbaum teilt mit, dass Herr Rademacher als Vertreter der IHK Stralsund unter TOP 4.1. ebenfalls eine Stellungnahme zur Übernachtungssteuer abgeben möchte. Aus dem genannten Grund stellt Herr Buxbaum einen Antrag auf Rederecht für Herrn Rademacher, welches einstimmig beschlossen wird.

Die Tagesordnung wird mit der genannten Ergänzung bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben am 19.05.2022

Die Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Position des Dehoga Regionalverbandes Stralsund hinsichtlich der Übernachtungssteuer

Herr Buxbaum gibt einführende Worte zum Thema.

Herr Sadewater bedankt sich für die Einladung und für die Möglichkeit, im Ausschuss eine Stellungnahme der DEHOGA abgeben zu können. Er geht auf die Auswirkungen der Corona Pandemie und der Ukraine Krise ein.

Herr Sadewater teilt mit, dass in seinen Unternehmen in der Hansestadt Stralsund ca. 150 Mitarbeiter angestellt sind. Er merkt an, dass in naher Zukunft durch die immense Erhöhung der Preise für Gas und Strom, sowie ab Oktober durch die Erhöhung des Mindestlohnes, enorme Mehrkosten auf ihn zukommen.

Den Antrag der Fraktion Bürger für Stralsund erachtet er als nicht zielführend. Er merkt an, dass der Tourismus nicht die Beherbergung von Gästen allein ist. Am Tourismus hängt ebenfalls der Einzelhandel, die Gastronomie, Kultur etc. Laut Herrn Sadewater wird die Übernachtungssteuer nicht vom Gast bezahlt, sondern von den Unternehmen. Eine Erhöhung des Übernachtungspreises sei momentan keinesfalls möglich.

Sollte die Übernachtungssteuer beschlossen und umgesetzt werden, sieht Herr Sadewater keine Möglichkeit, sein Geschäft auf diese Art und Weise weiter zu praktizieren. Herr Sadewater verdeutlicht, dass er sich nicht gegen eine Abgabe, welche den Tourismus refinanzieren soll, sperrt. Er sieht die Übernachtungssteuer als falsches Mittel an. Er schlägt als Refinanzierung des Tourismus die Einführung einer Kurtaxe vor, da diese Abgabe direkt vom Gast bezahlt wird.

Herr Sadewater kritisiert, dass eine Einführung der Übernachtungssteuer lediglich die Hotels in Stralsund und nicht die Ferienwohnungen betrifft. Er merkt an, dass es viele Ferienwohnungen gibt, welche den Großteil an Übernachtungen in Stralsund ausmachen. Er plädiert für eine Abgabe von allen Personen, die die Hansestadt Stralsund nutzen.

Herr Buxbaum teilt mit, dass die Verwaltung vor 3 Jahren ermittelt hat, dass in 36 Betrieben die Übernachtungssteuer Anwendung finden würde. Herr Sadewater bittet in diesem Zusammenhang um Aktualisierung der Daten.

Herr Rademacher teilt im Namen der Industrie- und Handelskammer mit, dass diese die Übernachtungssteuer kategorisch ablehnt. Er trägt vor, dass diese Steuer wirtschaftlich gesehen den Falschen trifft. Herr Rademacher merkt an, dass es in der Corona Pandemie die größten Einschränkungen in dem Gastgewerbe gab. In den Bilanzen sind große Löcher entstanden, welche in den nächsten Jahren aufgearbeitet werden müssen. Die Belastung durch eine zusätzliche Abgabe in Form einer Übernachtungssteuer sei diesem Gewerbe augenblicklich nicht zumutbar. Laut Herrn Rademacher ist der Gast zwar der wirtschaftliche Träger solch einer Steuer, jedoch wird die Leistung teurer und somit tendenziell weniger nachgefragt. Aufgrund des immensen Kostendrucks stellt sich die Frage, ob die Betriebe diese Steuer überhaupt umlegen können. Er verweist auf die Gewerbesteuer, mit welcher sich die Betriebe an dem Haushalt der Stadt bereits beteiligen. Herr Rademacher sieht einen Widerspruch der Stadtvertreter hinsichtlich der kostenfreien Sondernutzungen und der nun angeordneten Übernachtungssteuer.

Weiterhin sieht Herr Rademacher die Umsetzung der Übernachtungssteuer als einen erheblichen bürokratischen Aufwand an. Er verweist auf eine gutachterliche Stellungnahme zur geplanten Einführung einer Übernachtungssteuer in Heidelberg, welche aussagt, dass die Einführung einer Übernachtungssteuer unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen als auch kommunalen Betrachtungsweise nicht empfohlen wird. Das Gutachten wird der Niederschrift angefügt.

In diesem Zusammenhang bittet Herr Radmacher die Verwaltung, im Vorfeld der Satzung die Bürokratie- und Vollzugskosten zu ermitteln sowie andere Möglichkeiten einer Abgabe zu eruieren.

Herr Kuhn sieht lediglich den Verwaltungsaufwand als Gegenstellung an. Er bezweifelt, dass die Touristen aufgrund der Einführung der Übernachtungssteuer fernbleiben. Er verweist darauf, dass auch in den Gaststätten die Preise angehoben wurden, aber keine rückläufige Tendenz zu sehen ist.

Herr Sadewater entgegnet dazu, dass die Nachfragen im Vergleich zu den Vorjahren sehr deutlich gesunken sind. Er wiederholt, dass er als Unternehmer die Übernachtungssteuer zahlt, da eine Anhebung der Preise einen weiteren Rückgang der Nachfrage nach sich ziehen würde. Er bittet in diesem Zusammenhang, an die Arbeitsplätze der Stralsunder Bürger und Bürgerinnen zu denken, welche bei Schließungen der Betriebe wegfallen würden.

Herr Adomeit regt an, Vertreter aus der Landeshauptstadt Schwerin oder der Hansestadt Wismar in den Ausschuss einzuladen, welche die Übernachtungssteuer bereits eingeführt haben. Auf Nachfrage von Herrn Adomeit teilt Herr Rademacher mit, dass in Schwerin sowie auch in Wismar die Steuer 5% vom Nettopreis beträgt. Herr Adomeit verweist auf das aktuelle Gerichtsurteil des Bundesgerichtshofes, welches bestätigt, dass die Übernachtungssteuer mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Herr Ruddies teilt mit, dass die Übernachtungssteuer untauglich für die Refinanzierung des Tourismus ist. Er merkt an, dass mehr Tagestouristen als Übernachtungsgäste in der Stadt unterwegs sind und plädiert für die Einführung einer Kurtaxe. Er bestätigt, dass die Umsatzzahlen bei den Hotels zurückgegangen sind, da die Menschen als erstes an dem Urlaub sparen.

Herr Schulz merkt an, dass die Diskussion ohne Vorlage der Satzung nicht zielführend ist, da genaue Inhalte dieser noch nicht bekannt sind. Er verweist darauf, dass diese Steuer vom Gast getragen wird und nicht von den Betrieben. Der Übernachtungspreis wird bei den Buchungen meist deutlich erkennbar aufgegliedert. Er ist der Meinung, dass die Menschen nicht den Urlaubsort danach auswählen, ob eine Übernachtungssteuer erhoben wird oder nicht. Dem Einwand von Herrn Rademacher hinsichtlich dem erheblichen Mehraufwand der Bürokratie kann Herr Schulz nicht folgen. Herr Schulz verdeutlicht, dass nicht nur auf die Bevölkerung, sondern auch auf die Hansestadt Stralsund Mehrkosten in sämtlichen Bereichen zukommen, welche mit den Einnahmen der Übernachtungssteuer ausgeglichen werden könnten.

Herr Sadewater entgegnet, dass der Gesamtzimmerpreis bei den Menschen fokussiert wird.

Herr Adomeit beantragt das Ende der Diskussion.

Herr Buxbaum bedankt sich für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Sachstand Wirtschafts- und Wissenschaftscampus

Herr Lange teilt mit, dass der B-Plan 69 im zweiten Halbjahr 2022 ausgelegt und im Anschluss im ersten Halbjahr 2023 zum Satzungsbeschluss geführt wird. Zum zweiten Halbjahr 2023 soll dieser nach dem Beschluss der Bürgerschaft rechtskräftig werden.

Herr Lange geht auf den Makerport ein, welcher sich in der Stadt etabliert hat.

In der Vergangenheit wurden 2 Förderanträge gestellt. Diese Anträge sind im Landesförderinstitut (LFI) eingegangen und registriert. Jedoch werden dort Unterlagen benötigt, welche aufeinander aufbauen. Das Raum- und Funktionalkonzept wurde eingereicht, jedoch ist bis zum heutigen Tag noch keine Rückantwort eingegangen, sodass die weiteren Arbeiten nicht ausgeführt werden können. Herr Lange schätzt ein, dass frühestens in 3 Jahren mit dem Bau begonnen werden kann. Je nach Fördersatz werden schätzungsweise 15 Mio. EUR Eigenanteil benötigt, welche in den Haushalt eingeplant werden müssen.

Herr Lange merkt an, dass die Stadt wenige freie Büroflächen hat. Im September wird die gesamte IT-Branche eingeladen um den Bedarf zu ermitteln. Es wird versucht, im Bestand Lösungen zu finden bzw. ist ein kurzfristiger Neubau angedacht.

Auf Nachfrage von Herrn Schwarz hinsichtlich der Finanzierung des Makerports teilt Herr Lange mit, dass die Personalkosten für 3 bzw. 4 Personen für die nächsten 4 Jahre finanziert sind. Es ist angedacht, in der 2. Etage des Gebäudes der Wirtschaftsförderung Büroräume für den Makerport zur Verfügung zu stellen. Sofern finanzielle Mittel vorhanden sind, wird ein kleiner Umbau erfolgen.

Herr Schwarz möchte diesbezüglich den zeitlichen Rahmen wissen. Daraufhin teilt Herr Lange mit, dass dies möglichst zeitnah geschehen soll.

Herr Schwarz möchte weiterhin erfahren, ob es Überlegungen gibt, auf dem Gelände der ehemaligen Volkswerft Büroflächen zu vermieten. Herr Lange merkt dazu an, dass es diesbezüglich Überlegungen gibt, jedoch baurechtlich schwierig ist. Weiterhin ist dieses Gelände

als Gewerbe- und Industriepark mit Schwerpunkt maritime Wirtschaft und metallverarbeitende Industrie angedacht.

Der Ausschussvorsitzende trägt die Fragen von Herrn Kuhn vor:

Gegenwärtig ist das Büroangebot für IT-Neuansiedler und Start Up Gründer katastrophal. Im Vergleich mit Wismar, Greifswald und Neubrandenburg bildet Stralsund ein Schlusslicht. Darum bedarf die Errichtung des Campus höchste Priorität. Wie ist eine Beschleunigung zu realisieren? Welche Voraussetzungen sind für eine maximale Förderzuwendung erforderlich? Was wurde bisher eingeleitet? Wie ist der Sachstand?

Herr Lange teilt dazu mit, dass eine Beschleunigung sehr schwierig zu erreichen ist, da die Unterlagen für die Beantragung der Förderungen sehr umfangreich sind. Diese hängen an vielen Sachverhalten, welche aneinandergelknüpft sind. Die maximale Förderung kann erreicht werden, indem der Campus ausschließlich Existenzgründern und/oder Start-Ups zur Verfügung steht. Da dieser Bedarf jedoch nicht so groß ist, würden weniger Räumlichkeiten benötigt. Es soll jedoch so sein, dass die ansässigen großen und kleinen Firmen sich gegenseitig partizipieren. Durch gestaffelte Miete für die Existenzgründer und Start-Ups sowie eine marktübliche Miete der Bestandsfirmen kann der erhöhte Eigenanteil bei weniger Förderung ausgeglichen werden.

Herr Buxbaum bedankt sich für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Herr Buxbaum informiert, dass Frau Claudia Müller der Einladung in den Ausschuss folgt und somit am 17.11.2022 teilnehmen wird. Er bittet die Mitglieder, im Vorfeld Fragen zu überlegen, welche ihr übermittelt werden können.

Der Ausschussvorsitzende erinnert an die bevorstehende Informationsveranstaltung am 28.06.2022 um 17:30 Uhr zusammen mit dem zeitweiligen Ausschuss Volkswert.

Auf Kritik von Herrn Adomeit hinsichtlich der Verschiebung der Uhrzeit der heutigen Ausschusssitzung entgegnet Herr Buxbaum, dass es sich um eine Ausnahme handelt. Es wird angestrebt, dass die kommenden Sitzungen wie gewohnt um 17 Uhr stattfinden.

Herr Adomeit erinnert an das Thema Geothermie. Er bittet diesbezüglich, in der Ausschusssitzung nach der Sommerpause (11.08.2022) dies auf die Tagesordnung zu setzen und einen Vertreter der SWS Stadtwerke Stralsund einzuladen.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass die Vorlagen H 0080/2022 sowie H 0081/2022 gemäß Beschlussvorschlag dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Zusammenarbeit und schließt die 06. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben.

gez. Bernd Buxbaum
Vorsitzender

gez. Madlen Zicker
Protokollführung

**Titel: Mitgliedschaft im Verein für Regionalmarketing und -entwicklung
Vorpommern**
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN/DIE PARTEI, SPD-Fraktion

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	06.12.2021
Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI, SPD-Fraktion		

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	16.12.2021	

Beschlussvorschlag:
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt den Oberbürgermeister, dass die Hansestadt Stralsund Mitglied im Verein für Regionalmarketing und -entwicklung Vorpommern wird.

Begründung:

Das Regionalmarketing und die Regionalentwicklung Vorpommerns befinden sich derzeit in der Neustrukturierung. So entsteht u.a. ein nach außen gerichteter Verein für das Regionalmarketing und die Regionalentwicklung Vorpommerns. Dies entsprach den Empfehlungen des Agiplan-Gutachtens, das Grundlage für die Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung Vorpommern war und ist.

Zur Umsetzung dieses Beschlusses ist eine interkommunale Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftsförderung gebildet worden, die sich aus Vertretern der Landkreise Vorpommern-Rügen, Vorpommern-Greifswald, der Hansestadt Stralsund sowie der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Sparkasse Vorpommern zusammensetzt. In der Arbeitsgruppe wurden die Aufgaben und Ziele des Vereins beschrieben. Von Bedeutung ist hier unter anderem die Einschätzung, dass eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung mit einem regionalen Selbstverständnis einhergeht.

Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass die Region von der Wirtschaftskraft der Hansestadt Stralsund und die Hansestadt Stralsund von der Wirtschaftskraft der Region profitieren.

Seitens der Verwaltung liegt bisher keine Empfehlung zum Beitritt der Hansestadt Stralsund in den Verein für Regionalmarketing und -entwicklung Vorpommern vor. Wir halten es für sinnvoll, Oberbürgermeister Dr. Badrow zu beauftragen, diesen Schritt vorzubereiten und umzusetzen.

Jürgen Suhr
Fraktionsvorsitzender

Ute Bartel
Fraktionsvorsitzende

TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP: 9.5

Mitgliedschaft im Verein für Regionalmarketing und -entwicklung Vorpommern

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN/DIE PARTEI, SPD-Fraktion

Vorlage: AN 0193/2021

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrags AN 0193/2021 zur Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben mit folgendem Wortlaut:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt den Oberbürgermeister, dass die Hansestadt Stralsund Mitglied im Verein für Regionalmarketing und -entwicklung Vorpommern wird.

Beschluss-Nr.: 2021-VII-10-0716

Datum: 16.12.2021

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift über die 10. Sitzung der Bürgerschaft am 16.12.2021

Zu TOP: 9.5

Mitgliedschaft im Verein für Regionalmarketing und -entwicklung Vorpommern

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN/DIE PARTEI, SPD-Fraktion

Vorlage: AN 0193/2021

Herr Suhr geht einleitend auf die intensive Debatte innerhalb der Bürgerschaft zum Austritt der Hansestadt Stralsund aus der WFG mbH ein.

Auf Grundlage eines Gutachtens der agiplan GmbH erfolgt aktuell die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung für die Region Vorpommern. Der Landkreis Vorpommern-Rügen ist dem Verein für Regionalmarketing und -entwicklung beigetreten. Die Hansestadt Stralsund ist an der gebildeten Arbeitsgruppe beteiligt.

Aus Sicht von Herrn Suhr sei es sinnvoll, dass auch die Hansestadt Stralsund dem Verein beitrifft. Er wirbt um Zustimmung für den Antrag.

Herr Liebeskind beantragt für die Fraktion CDU/FDP die Verweisung des Antrages zur Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafterangelegenheiten und bittet diesem zuzustimmen.

Die Fraktion DIE LINKE schließt sich nach Wortmeldung von Herrn Lange dem Verweisungsantrag an.

Nach Auffassung von Herrn Haack ist der Gedanke, dem Verein für Regionalmarketing und -entwicklung Vorpommern ohne vorherige Prüfung beizutreten, zu kurz gedacht. Er erinnert an das im Aufbau befindliche lokale Stadtmarketing und die Aufgaben der Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH.

Von der Mitgliedschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen, der von der Hansestadt Stralsund ausreichend Kreisumlage erhalte, sollte die Stadt aus Sicht von Herrn Haack partizipieren können. Die Fraktion Bürger für Stralsund wird den Antrag AN 0193/2021 daher ablehnen.

Frau Bartel begrüßt den Verweisungsantrag. Im Fachausschuss sollte unter Mitwirkung anderer Institutionen darüber befunden werden.

Herr Paul stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und lässt über den Antrag auf Verweisung des Antrags AN 0193/2021 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrags AN 0193/2021 zur Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben mit folgendem Wortlaut:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt den Oberbürgermeister, dass die Hansestadt Stralsund Mitglied im Verein für Regionalmarketing und -entwicklung Vorpommern wird.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2021-VII-10-0716

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 04.01.2022

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben am 03.03.2022

Zu TOP : 4.1

Mitgliedschaft im Verein für Regionalmarketing und -entwicklung Vorpommern

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN/DIE PARTEI, SPD-Fraktion

Vorlage: AN 0193/2021

Herr Buxbaum erkundigt sich bei den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben nach dem Beratungsstand zum Thema innerhalb der Fraktionen.

Herr Werner informiert, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen seinen ursprünglichen Antrag zurückgezogen hat und somit Gründungsmitglied im Verein für Regionalmarketing und –entwicklung Vorpommern wird.

Herr Ruddies bittet um den erneuten Verweis in die Fraktionen. Zudem wäre es seiner Meinung nach wünschenswert, wenn eine fachliche Vorstellung im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben erfolgen würde.

Herr Werner fügt an, dass er das Schreiben vom Landkreis Vorpommern-Rügen bezüglich der Mitgliedschaft für Regionalmarketing und –entwicklung Vorpommern im Rahmen seiner Fraktion gelesen hat. Er vertritt die Meinung, dass jedes Ausschussmitglied das Schreiben vom Landrat bezüglich der Mitgliedschaft im Verein für Regionalmarketing und -entwicklung Vorpommern durch die jeweils eigene Fraktion zur Verfügung gestellt bekommen sollte.

Herr Buxbaum bringt den Antrag auf Verweisung in die Fraktionen zur Abstimmung.

Abstimmung: 5 Zustimmungen

2 Gegenstimmen

0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Cinderella Littmann

Stralsund, 08.03.2022

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben am 13.01.2022

Zu TOP : 4.2

Mitgliedschaft im Verein für Regionalmarketing und -entwicklung Vorpommern

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN/DIE PARTEI, SPD-Fraktion

Vorlage: AN 0193/2021

Herr Buxbaum bittet die Verwaltung um Stellungnahme zum vorliegenden Antrag.

Herr Werner erfragt, nach welchen Kriterien bei einem Verweisantrag vorgegangen wird. Er fordert eine einheitliche Verfahrensweise bei zu behandelnden Anträgen aus der Bürgerschaft im Ausschuss.

Herr Fürst würde es begrüßen, wenn zuerst die einreichende Fraktion über die Intention des Antrages berichtet.

Herr Ruddies stimmt Herrn Werner zu und regt an, in den zukünftigen Ausschusssitzungen den Vertretern der einreichenden Fraktion als erstes das Wort zu erteilen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Verfahrensweise zu.

Herr Buxbaum bittet Herrn Werner sowie Frau Störmer um Vorstellung des Antrages.

Herr Werner teilt mit, dass die Hansestadt Stralsund im Jahr 2019 aus der Wirtschaftsfördergesellschaft ausgetreten ist.

Laut Herrn Werner existiert in der Region Vorpommern eine Unterentwicklung. Er ist davon überzeugt, dass Vorpommern eine regionale Identität besitzt. Eine Stadt-Umland-Beziehung erachtet er ebenfalls als sehr wichtig. Seiner Meinung nach muss die Region Vorpommern gestärkt werden. Er verweist bei seinen Ausführungen auf das Allgäu und den Schwarzwald mit den jeweiligen Identitäten.

Er bemängelt die fehlende Initiative der Verwaltung, dem Verein beizutreten.

Herr Werner sieht den Eintritt der Hansestadt Stralsund in den Verein als eine Chance für die gesamte Region an. Die entstehenden Kosten erachtet er, vergleichsweise zur Wirtschaftsfördergesellschaft, als überschaubarer und moderat.

Frau Störmer fügt hinzu, dass eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung benötigt wird. Sie plädiert dafür, dass Stralsund als Oberzentrum von Vorpommern-Rügen dem Verein beitrifft.

Herr Buxbaum zitiert aus dem Protokoll der gemeinschaftlichen Sitzung von Stralsund und Greifswald im August 2020.

Herr Adomeit erachtet den Antrag als kontraproduktiv. Der Sitz des Vereines ist laut dem Entwurf der Satzung in Greifswald. Er verweist diesbezüglich auf einen Beschluss des Kreistages Vorpommern-Rügen, wobei der Sitz sich im Landkreis V-R befinden soll.

Herr Werner weist Herrn Adomeit darauf hin, dass der Beschluss der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund in der heutigen Ausschusssitzung behandelt wird. Er bittet, sachlich korrekt zu bleiben. Ein Änderungsantrag hinsichtlich des Sitzes liegt hier nicht vor.

Herr Pantermöller merkt an, dass seine Fraktion Bürger für Stralsund eine Doppelfinanzierung für nicht gut erachtet und weist auf die bereits zu zahlende Kreisumlage hin.

Herr Werner weist daraufhin, dass die Hansestadt Greifwald ebenfalls eine Kreisumlage zahlt und dem Verein beiträgt.

Herr Sobottka teilt mit, dass Vorpommern eine eigene Region ist und befürwortet eine Vereinsgründung. Einer Einigung, wo sich der Sitz befinden soll, sieht er optimistisch entgegen.

Herr Schwarz erfragt den Stand der Vereinsgründung bei Herrn Fürst.

Herr Fürst informiert über den Sachstand der Wirtschaftsförderung. In den Landkreisen und der Hansestadt Greifwald wurden eigene Wirtschaftsfördereinheiten gestärkt. Das Gutachten sagt deutlich aus, dass die kommunale Wirtschaftsförderung die vorhandenen Unternehmen sowie neue Ansiedlungen vor Ort betreuen. Das regionale Marketing für Tourismus, Wirtschaft etc. sowie das Standortmarketing für die beiden Landkreise inklusive der beiden großen Städte soll der neue Verein übernehmen.

Ein Satzungsentwurf wurde erarbeitet, bei dem die Hansestadt Stralsund teilgenommen hat. Die Hansestadt Greifwald und der Landkreis Vorpommern-Greifwald haben beschlossen, den Verein zu gründen. Der Landkreis Vorpommern-Rügen möchte ebenfalls Mitglied werden mit der Ergänzung, dass sich der Sitz im Landkreis Vorpommern-Rügen befinden soll. Laut Herrn Fürst gibt es bezüglich des Sitzes bei den Mitgliedern Diskrepanzen. Er sieht jedoch die Diskussion über den Sitz des Vereines als lösbares Problem an.

Nachdem die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund vor anderthalb Jahren beschlossen hat, aus der Wirtschaftsfördergesellschaft auszutreten, sieht Herr Fürst es als keine Aufgabe der Verwaltung an, einem derartigen Verein aus Eigeninitiative heraus, beizutreten. Sofern der Beitritt in diesem Verein ein politischer Wille ist, wird die Verwaltung diesen Beschluss selbstverständlich umsetzen.

Herr Fürst merkt an, dass seine Abteilung die Wirtschaftsförderung vor Ort gut absichert, es fehlt jedoch ein gemeinsamer Außenauftritt der beiden Landkreise mit der Hansestadt Greifwald und der Hansestadt Stralsund.

Des Weiteren teilt der Leiter des Amtes Wirtschaftsförderung mit, dass es einfacher ist, in einem Verein Mitglied zu werden, als in einer GmbH, bei der gesellschaftliche Verpflichtungen nach dem GmbH-Gesetz vorliegen. Neben den beiden Landkreisen und der Hansestadt Greifwald haben auch die IHK, die Universität Greifwald sowie die Hochschule Stralsund die Absicht, Gründungsmitglieder zu werden. Die Gründungsveranstaltung ist für das erste Quartal 2022 vorgesehen.

Herr Schwarz informiert, dass die CDU/FDP-Fraktion das Verhandlungsergebnis des Landrates abwarten möchte. Er plädiert dafür, das Thema erneut auf die Tagesordnung zu setzen, sobald mehr Erkenntnisse vorliegen.

Herr Werner ist der Meinung, dass der Antrag unabhängig vom Sitz beraten und abgestimmt werden kann. Eine Verschiebung des Antrages sieht er als nicht folgerichtig an.

Laut Frau Störmer wäre ein positives Signal der Hansestadt Stralsund für den Landrat förderlich. Der Beitritt wäre ein weiteres Argument, den Sitz des Vereines nach Stralsund zu verlegen.

Herr Ruddies spricht sich für eine Verschiebung des Antrags aus, da Beratungsbedarf in den Fraktionen besteht. Andernfalls wird die CDU/FDP-Fraktion den Antrag heute ablehnen.

Herr Werner äußert, dass bisher kein offizieller Antrag auf Zurückverweisung und auch kein Änderungsantrag vorliegt.

Herr Schwarz beantragt im Namen seiner Fraktion, dass der Antrag AN 0193/2021 zurück in die Fraktionen verwiesen wird.

Herr Buxbaum lässt über den Antrag von Herrn Schwarz abstimmen.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

Der Ausschussvorsitzende bittet die Ausschussmitglieder um Mitteilung, sobald die Beratungen in den Fraktionen abgeschlossen sind. Das Thema wird in einer der nächsten Ausschusssitzungen erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Herr Buxbaum schließt den Tagesordnungspunkt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Madlen Zicker

Stralsund, 23.02.2022

Titel: Nutzung der Geothermie in der Hansestadt Stralsund

Federführung:	Einzelbürgerschaftsmitglied Adomeit	Datum:	08.09.2020
Einreicher:	Adomeit, Michael, Einzelbürgerschaftsmitglied		

Beratungsfolge	Termin	
-----------------------	---------------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Fördermöglichkeiten zur Errichtung eines Geothermiekraftwerkes in der Hansestadt Stralsund durch das Land und den Bund bestehen.

Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben zur Beratung vorzulegen.

Begründung:

Viele Kommunen setzen aufgrund der vielfältigen Nutzung auf Geothermie.

Michael Adomeit
Einzelbürgerschaftsmitglied

TOP Ö 4.2

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.1

Nutzung der Geothermie in der Hansestadt Stralsund

Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied

Vorlage: AN 0149/2020

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0149/2020 zur Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Fördermöglichkeiten zur Errichtung eines Geothermiekraftwerkes in der Hansestadt Stralsund durch das Land und den Bund bestehen.

Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben zur Beratung vorzulegen.

Beschluss-Nr.: 2020-VII-07-0366

Datum: 05.11.2020

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben am 03.03.2022

Zu TOP : 4.4 Geothermie

Herr Buxbaum gibt einführende Worte in das Thema.

Herr Adomeit bittet aufgrund der aktuellen Gegebenheit um Zustimmung seines Antrages bezüglich der Geothermie.

Aus früheren Beratungen zu diesem Thema konnte Herr Buxbaum hohe Anlauf-/ Investitionskosten für die Geothermie vernehmen.

Frau Harder verweist auf einen Beschluss der Bürgerschaft, durch dem in einem gemeinsamen Projekt mit der SWS GmbH die Thematik Solarthermie erarbeitet wurde. Die daraus resultierende Ergebnisvorstellung erfolgte am 06.01.2022 im Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung, dessen Ergebnis der Präsident der Bürgerschaft am 27.01.2022 in der Bürgerschaftssitzung verkündete.

Herr Buxbaum beantragt das Rederecht für Herrn Bernhardt von der SWS GmbH. Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Herr Bernhardt berichtet vom Zuschlagserhalt am 17.12.2021 bezüglich der Solarthermie. Aufgrund der aktuellen Gegebenheit rückt die Notwendigkeit der Energiewende dichter. Trotz dessen müssen die Abschreibungsfristen der gegenwärtigen Anlagen gewahrt werden. Angesichts der derzeitigen Ungewissheit teilt Herr Bernhardt mit, dass eine nochmalige Begutachtung der Geothermie beabsichtigt ist.

Er merkt an, dass die Durchführung einer erneuten Prüfung hinsichtlich der Geothermie auch ohne konkreten Bürgerschaftsbeschluss erfolgt. Herr Bernhardt weist auf die groben Kostenfaktoren der Geothermie hin.

Herr Buxbaum würde in der Ausschusssitzung am 11.08.2022 die Thematik nochmals beraten. In dieser Sitzung sollen dann die ersten Zwischenergebnisse begutachtet werden.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen der Anregung von Herrn Buxbaum zu. Somit wird die Thematik Geothermie in der Ausschusssitzung am 11.08.2022 erneut thematisiert.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Cinderella Littmann

Stralsund, 15.03.2022

TOP Ö 4.2

**Auszug aus der Niederschrift
über die 06. Sitzung der Bürgerschaft am 01.10.2020**

**Zu TOP : 9.3
Nutzung der Geothermie in der Hansestadt Stralsund
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied
Vorlage: AN 0149/2020**

Der Antrag AN 0149/2020 wurde unter TOP 2 vom Einreicher zurückgestellt.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 08.10.2020

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift über die 07. Sitzung der Bürgerschaft am 05.11.2020

Zu TOP : 9.1

**Nutzung der Geothermie in der Hansestadt Stralsund
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied
Vorlage: AN 0149/2020**

Herr Adomeit begründet den Antrag ausführlich. Er verweist auf die Förderfähigkeit der Geothermie und die Effektivität der Energiegewinnung. Laut Bergamt sind die Voraussetzungen zur Errichtung eines Geothermiekraftwerkes gegeben. Herr Adomeit bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Buxbaum geht auf die Nutzung der Geothermie in der Hansestadt Stralsund ein. Die Thematik wurde im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben diskutiert. Nach Aussagen des Bergamtes sind die geologischen Voraussetzungen positiv, jedoch wird die Wirtschaftlichkeit eines derartigen Vorhabens negativ beurteilt. Die Anträge unter TOP 9.1 und TOP 9.2 sind demnach nicht vertretbar. Herr Buxbaum wirbt dafür, den Anträgen nicht zuzustimmen.

Herr Adomeit entgegnet, dass die Geothermie die einzige saubere Energielösung darstellt. In anderen Städten wird der visionäre Gedanke verfolgt. Zudem merkt er an, dass hohe Investitionen auch in anderen Bereichen der Energiegewinnung erforderlich wären.

Für die Fraktion Bürger für Stralsund erklärt Herr Philippen, dem Antrag zuzustimmen. Er hält es für möglich, Innovationen voranzutreiben.

Herr Dr. Zabel beantragt die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben, um die Vor- und Nachteile sowie die Wirtschaftlichkeit, z.B. unter Einbeziehung der HOST, zu beraten.

Herr Adomeit merkt an, dass die Thematik mehrfach im Ausschuss diskutiert wurde. Zudem habe die HOST kein Interesse an der Geothermie, da diese sich auf das Thema Wasserstoff spezialisiert.

Herr Kühnel meint, dass einer Prüfung zugestimmt werden kann.

Der Präsident lässt über die Verweisung des Antrages AN 0149/2020 wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0149/2020 zur Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Fördermöglichkeiten zur Errichtung eines Geothermiekraftwerkes in der Hansestadt Stralsund durch das Land und den Bund bestehen.

Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben zur Beratung vorzulegen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2020-VII-07-0366

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Steffen Behrendt

Stralsund 19.11.2020

Titel: Konzept des Wochenmarktes überarbeiten
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	16.08.2021
Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI		

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der Großmarkt Rostock GmbH zu prüfen, inwieweit das Konzept des Stralsunder Wochenmarktes, dienstags und freitags auf dem Neuen Markt, ausgebaut werden kann.

Begründung:

Das Konzept des Stralsunder Wochenmarktes sollte dringend überarbeitet werden. Ziel muss es sein, regionaler und kundenfreundlicher zu werden. Das fängt bereits bei den Öffnungszeiten an. Viele Stralsunder*innen, vor allem berufstätige, können den Markt nicht besuchen, weil er bereits am Nachmittag wieder schließen muss.

Das Angebot sollte wieder mehr an das eines Marktes angepasst werden. Das bedeutet, dass der Fokus deutlich mehr auf Regionalität gerichtet sein sollte. Händler*innen der Region sollten die Chance erhalten, ihre selbst erzeugten Produkte anbieten zu können. Zudem sollten die Händler*innen mit eingebunden werden, wenn das Konzept überdacht wird. Denn ein anderes Marktgeschehen würde auch mehr Händler*innen animieren, ihre Produkte anzubieten und so ein vielfältiges Angebot für alle Marktbesucher*innen zu schaffen.

TOP Ö 4.3

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP: 9.12

Konzept des Wochenmarktes überarbeiten

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Vorlage: AN 0126/2021

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0126/2021 zur Beratung in die Ausschüsse für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sowie Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der Großmarkt Rostock GmbH zu prüfen, inwieweit das Konzept des Stralsunder Wochenmarktes, dienstags und freitags auf dem Neuen Markt, ausgebaut werden kann.

Beschluss-Nr.: 2021-VII-06-0555

Datum: 26.08.2021

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 06. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung am 16.06.2022

Zu TOP: 4.1

Konzept des Wochenmarktes überarbeiten

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Vorlage: AN 0126/2021

Herr Tanschus führt aus, dass es Überlegungen gibt, auf dem Alten Markt einen Samstagsmarkt zu etablieren. Dazu wurden Gespräche mit dem langjährigen Partner der Rostocker Großmarkt GmbH geführt. Aufgrund der Tatsache, dass die Rostocker Großmarkt GmbH für das Unterfangen nicht ausreichend Partner gewinnen konnte und sich das Vorhaben für die Gesellschaft nicht wirtschaftlich darstellen lässt, wird der Markt vorerst nicht veranstaltet. Herr Tanschus erklärt, dass die Verwaltung auf der Suche nach anderen Partnern ist. Anfang Juli wird es ein Treffen mit regionalen Produzenten geben.

Auf Nachfrage von Herrn Suhr erklärt Herr Tanschus, dass die Umwandlung des Freitagmarktes in einen reinen Foodmarkt einen entsprechenden Bürgerschaftsbeschluss voraussetzt. Aus seiner Sicht kann der Antrag auch durch den Ausschuss eingebracht werden.

Der Ausschussvorsitzende macht folgenden Formulierungsvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Das Konzept des Wochenmarktes wird dahingehend abgeändert, dass am Freitag auf dem Neuen Markt einer reiner Foodmarkt stattfindet. Die übrigen Bestandteile des Wochenmarktkonzeptes bleiben unberührt.

Herr Bauschke stellt den Formulierungsvorschlag zur Abstimmung:

Der Antrag wird in die Bürgerschaft am 25.08.2022 eingebracht.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Gaby Ely

Stralsund, 29.06.2022

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung am 24.03.2022

Zu TOP: 4.1

**Konzept des Wochenmarktes überarbeiten
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0126/2021**

Herr Suhr überträgt die Sitzungsleitung zurück an Herrn Haack.

Herr Tanschus verliest den vorliegenden Antrag.

Zu Beginn geht Herr Tanschus auf die aktuelle Situation der Wochenmärkte in der Hansestadt Stralsund ein. Insgesamt werden im Stadtgebiet drei Märkte betrieben. Es wird ein abwechslungsreiches Sortiment an Lebensmitteln, aber auch an Handelswaren in der zulässigen Menge angeboten. Weiter teilt der Leiter des Amtes 30 mit, dass 37 der 38 regelmäßigen Marktbesucher aus Mecklenburg-Vorpommern kommen.

Im Juni 2021 gab es bereits Gespräche mit der Rostocker Großmarkt GmbH. Schwerpunkt war hier die Entwicklung der Märkte während der Corona-Pandemie. Es konnten Händler dazugewonnen und das Angebot ausgeweitet werden.

Zu einem späteren Zeitpunkt wurden dann die Punkte des Antrages aus der Bürgerschaft diskutiert.

Themen waren die Verlängerung der Öffnungszeiten der Wochenmärkte, ein Frischemarkt und die Einrichtung eines Marktes am Samstag.

Herr Tanschus hat das Unternehmen gebeten, eine Umfrage unter den Marktbesuchern in Bezug auf die Öffnungszeiten durchzuführen. Von denen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, haben 64 % darum gebeten, die Öffnungszeiten auf dem Neuen Markt beizubehalten.

Insofern empfiehlt Herr Tanschus, an den aktuellen Öffnungszeiten keine Veränderungen vorzunehmen.

Weiterhin empfiehlt der Senator, den Freitagsmarkt auf dem Neuen Markt in einen reinen Frischemarkt umzustrukturieren. Dafür ist ein Beschluss der Bürgerschaft notwendig. Da mit den Marktbesuchern Jahresverträge geschlossen werden, hätte dies bis zum Herbst 2022 Zeit. Eine Umsetzung kann dann 2023 erfolgen.

In Bezug auf den dritten Punkt erklärt Herr Tanschus, dass der Freitagsmarkt sehr gut angenommen wird und Zweifel daran bestehen, dies auch an Samstagen erreichen zu können.

Der Vorschlag ist, einen Testlauf mit einem Frischemarkt am Samstag 14-tägig durchzuführen. Außerdem sollten touristische Impulse vorhanden sein.

Die Rostocker Großmarkt GmbH soll im ersten Quartal 2022 recherchieren, welche Partner für einen Samstagsmarkt gewonnen werden können.

Herr Suhr erkundigt sich, ob der Verwaltung Informationen zu den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Öffnungszeiten der Märkte vorliegen. Außerdem erfragt Herr

Suhr, ob auch für die Einrichtung des Freitagmarktes ein Beschluss der Bürgerschaft notwendig ist.

Ausdrücklich begrüßt Herr Suhr einen reinen Frischemarkt und schlägt vor, den erforderlichen Antrag gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben in die Bürgerschaft einzubringen.

Von Seiten der Verwaltung wurden keine Befragungen der Konsumierenden durchgeführt, da der Antrag aus der Bürgerschaft die Problematik deutlich macht. Herr Tanschus betont noch einmal, dass der Freitagmarkt sehr gut angenommen wird und die Händler signalisiert haben, dass die aktuellen Öffnungszeiten beibehalten werden sollen.

Da es sich bei dem Samstagmarkt um eine neue Veranstaltung handeln würde, ist kein Beschluss der Bürgerschaft notwendig. Herr Tanschus betont, dass weder die Finanzierung für das Vorhaben gesichert ist, noch ein Betreiberkonzept vorliegt.

Auf die Frage von Herrn Buxbaum antwortet Herr Tanschus, dass für Kleinstanbieter (Blumen aus dem eigenen Garten) bisher immer ein Platz auf dem Markt gefunden werden konnte.

Auf die Nachfrage von Frau Bartel teilt Herr Tanschus mit, dass es im Land viele verschiedene Marktmodelle gibt, beispielsweise reine Vormittagsmärkte. Vorstellbar wäre auch, den Samstagmarkt später zu beginnen, aber nicht, den Markt am Freitag zu ersetzen.

Herr Haack schlägt vor, den Antrag als erledigt zu betrachten, das Thema vor der Sommerpause aber noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen. Ziel ist es zu erfahren, ob ausreichend Anbieter für einen Markt am Samstag gewonnen werden können und eventuell einen gemeinsamen Antrag mit dem WTGA auf den Weg zu bringen.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorschlag einverstanden.

Das Thema wird am 16.06.2022 erneut im Ausschuss beraten.

Der Präsident der Bürgerschaft wird über das Beratungsergebnis informiert.

Herr Haack schließt den Tagesordnungspunkt.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Gaby Ely

Stralsund, 29.03.2022

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 06. Sitzung der Bürgerschaft am 26.08.2021

Zu TOP: 9.12

**Konzept des Wochenmarktes überarbeiten
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0126/2021**

Frau Kindler erläutert den Antrag. Aus ihrer Sicht sind Wochenmärkte geeignet, um Innenstädte zu beleben. Sie wirbt um Zustimmung.

Herr Dr. Zabel beantragt für die Fraktion CDU/FDP die Verweisung des Antrages AN 0126/2021 zur Beratung in die Ausschüsse für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sowie Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben. Zielstellung ist die gemeinsame Erarbeitung einer Konzeption zum Wochenmarkt, so dass sich die Bürgerschaft gemeinsam positionieren kann. Er regt an, die Verantwortlichen der Großmarkt Rostock GmbH zur Beratung einzuladen.

Herr Adomeit meint, dass der Ausweichplatz am Weidendamm von den Händlern angenommen wird. Er wird den Antrag ablehnen.

Herr Haack hält es für sinnvoll, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Daher begrüßt er die Verweisung in die Fachausschüsse. Die Fraktion Bürger für Stralsund wird dem Verweisungsantrag folgen.

Frau Kindler erklärt die Zustimmung Verweisungsantrag. Sie betont die Bedeutung des Instrumentes Wochenmarkt.

Herr Buxbaum begrüßt ebenfalls die Verweisung des Antrages. Er sieht in dem Kontext die Möglichkeit, einen Bezug zum Regionalen Einzelhandelskonzept vorzustellen.

Der Präsident lässt über die Verweisung des Antrags AN 0126/2021 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0126/2021 zur Beratung in die Ausschüsse für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sowie Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der Großmarkt Rostock GmbH zu prüfen, inwieweit das Konzept des Stralsunder Wochenmarktes, dienstags und freitags auf dem Neuen Markt, ausgebaut werden kann.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2021-VII-06-0555

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 06.09.2021

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben am 03.02.2022

Zu TOP : 4.1

Konzept des Wochenmarktes überarbeiten Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI Vorlage: AN 0126/2021

Herr Buxbaum bittet Herrn Werner als Vertreter seiner Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI den Antrag zu erläutern.

Herr Werner konkretisiert den AN 0126/2021, der sich vordergründig auf den Wochenmarkt des Neuen Marktes bezieht. Neben den Öffnungszeiten kritisiert Herr Werner das Verhältnis von Food und Non-Food. Er findet, dass im Verhältnis Non-Food überwiegt. Des Weiteren bemängelt er die Begrenzung der Marktstände.

Aus früheren Diskussionen mit der Großmarkt Rostock GmbH berichtet Herr Adomeit, dass die Erweiterung der Öffnungszeiten unzweckmäßig ist.

Auf Nachfrage von Herrn Sobottka entgegnet Herr Werner, dass sich dieser Antrag ausschließlich auf den Neuen Markt bezieht.

Herr Tanschus erörtert zunächst den allgemeinen Rahmen des Wochenmarktes auf dem Neuen Markt. Hierbei bezieht er sich auf das Warenangebot, die Öffnungszeiten und die Durchführung der Wochenmärkte durch das beauftragte Unternehmen Großmarkt Rostock GmbH. Zu den Marktbeschickern teilt Herr Tanschus mit, dass 38 Marktbeschicker regelmäßig auf dem hiesigen Wochenmarkt vertreten sind, wovon insgesamt 31 Beschicker Verkaufsprodukte aus dem Bereich Frischwaren/ Imbiss anbieten. Des Weiteren informiert Herr Tanschus die Mitglieder des Ausschusses darüber, dass von den 38 Marktbeschickern 37 aus Mecklenburg-Vorpommern und einer aus Polen kommt. Die pandemische Lage wird für den Wochenmarkt als positiv eingestuft, da aufgrund der veränderten Umstände ein deutlicher Anstieg an Besuchern auf den Wochenmarkt vernommen werden konnte. Des Weiteren konnte neues Personal gewonnen werden, was eine Angebotserweiterung zur Folge hat. In Anbetracht einer durchgeführten Umfrage hat sich die Änderung der Öffnungszeiten als nicht bewährt erwiesen. Ein denkbarer Ansatz wäre laut Herrn Tanschus, dass der Wochenmarkt am Freitag ausschließlich als Frischemarkt veranstaltet wird. Diesbezüglich würde er sich jedoch einen Bürgerschaftsbeschluss erbeten, damit der Frischemarkt ab dem Jahr 2023 umgesetzt werden könnte. Damit die Bevölkerung den Wochenmarkt noch besser in Anspruch nehmen kann, wäre ein wiederkehrender Samstagmarkt denkbar.

Herr Werner bringt ein Beispiel (Foodtruck „Rob´s Corner“) zur Abweisung eines Marktbeschickers ein und regt an, von den Jahresverträgen abzuweichen.

Herr Tanschus erwidert, dass interessierte Händler den Kontakt zu ihm aufnehmen sollen.

Herr Adomeit erklärt, warum ausreichend Parkplätze vorhanden sein müssen.

Herr Buxbaum stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Verweisung in die Fraktionen einstimmig zu.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Cinderella Littmann

Stralsund, 18.07.2022